



Einmarsch der Wehrmacht in die UdSSR im Juni 1941 (linkes Bild). Mehr als drei Millionen Russen gerieten in der Folge in deutsche Kriegsgefangenschaft (rechts). An die mehr als elf Millionen gefallenen Soldaten der Roten Armee erinnert heute in Berlin-Treptow das von der Sowjetunion in Auftrag gegebene Sowjetische Ehrenmal (Mitte).
© picture-alliance/akg-images/ZUMAPRESS.com

Systematische Vernichtung

GESCHICHTE Vor 75 Jahren begann Hitlers Angriffskrieg gegen die Sowjetunion. Das Gedenken daran fällt bis heute schwer

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann „der zerstörerischste Krieg in der Geschichte der Menschheit“. So urteilt der britische Historiker Ian Kershaw in seiner Biographie über Adolf Hitler. Etwa die Hälfte aller Todesopfer des Zweiten Weltkriegs gehen auf das Konto dieses Vernichtungskrieges, nach aktuellem Forschungsstand waren es auf Seiten der Sowjetunion 11,4 Millionen Soldaten und 15,2 Millionen Zivilisten. Von den Soldaten starben mehr als drei Millionen in deutscher Kriegsgefangenschaft an gezielter Unterversorgung. Die Zahlen belegen: Hitlers Angriffskrieg richtete sich nicht allein gegen den sowjetischen Staat und dessen Streitmacht, sondern vor allem gegen die Bevölkerung. Aber auch 2,7 Millionen deutsche Soldaten fielen an der Ostfront; militärisch war der Angriff eine Fehlplanung. Die ideologischen Grundlagen für den Krieg gegen die UdSSR hatte Hitler schon in „Mein Kampf“ entwickelt. Die „Bodenpolitik der Zukunft“ finde im Osten statt, denn „Slawentum“ sei zu eigener Staatlichkeit nicht fähig, schrieb er. An die Stelle des „germanischen Kerns“ der russischen Oberschicht sei mit der Revolution „der Jude“ getreten, also ein „Ferment der Dekomposition“. Aus dieser rassistisch-antisemitischen Konstruktion folgerte Hitler: „Das Riesengebiet im Osten ist reif zum Zusammenbruch.“ Anderthalb Jahrzehnte später wurde aus Ideologie Politik – Vernichtungspolitik.

Der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 war für den „Führer“ nur eine taktische Zwischenstation auf diesem Weg. Die imperialistische Partnerschaft bei der Aufteilung Osteuropas hatte sich nach wenigen Monaten erschöpft. Ende Juli 1940 verkündete Hitler auf dem Obersalzberg seinen führenden Militärs die Absicht, im Frühjahr 1941 „Russland“ zu „zerschlagen“. Am 28. Dezember unterzeichnete Hitler die Weisung für den „Fall Barbarossa“, die einen überfallartigen Blitzkrieg vorsah. Die Wehrmacht und das Reich sollten auf Kosten der Landeseinwohner mit Nahrungsmitteln versorgt werden. „Es werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird“, heißt es im Protokoll einer Staatssekretärsbesprechung vom 2. Mai 1941. Am 13. Mai 1941 erging der Kriegsgerichtsbarkeitserlass, mit dem der sowjetischen Bevölkerung praktisch jeglicher rechtliche Schutz entzogen wurde. Am 6. Juni folgte der Kommissarbefehl, der die Ermordung politischer Kommissare der Roten Armee vorsah. Einige Wochen vor Kriegsbeginn wurden die vier insgesamt etwa 3.000 Mann starken Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS aufgestellt – sie sollten hinter der Front alle potenziellen Gefährder – in den Augen der Nazis Kom-

munisten und Juden – exekutieren. Für die Versorgung der großen Zahl zu erwartender Kriegsgefangener wurden keine angemessenen Vorbereitungen getroffen. Der Aufmarsch der Streitmacht konnte aller Kollaboration zum Trotz nicht geheim gehalten werden. Der sowjetische Diktator Josef Stalin glaubte aber entgegen zahlreicher Warnungen nicht, dass NS-Deutschland einen Zweifrontenkrieg eröffnen würde. Für seine Verblendung zahlten die Rote Armee und die Bevölkerung der westlichen Sowjetunion einen hohen Preis. Rund 3,3 Millionen Kriegsgefangene machten die Deutschen bis Ende 1941, über zwei Millionen von ihnen verhungerten binnen weniger Monate. Insgesamt überlebten von mehr als fünf Millionen Kriegsgefangenen weniger als zwei Millionen. Die Einsatzgruppen zogen eine blutige Spur hinter der Front. Sie ermordeten sowjetische Funktionäre, vor allem aber Hunderttausende Juden. Das größte Massaker mit über 30.000 Opfern fand Ende September 1941 in der Babi Jar-Schlucht von Kiew statt. Von 2,7 Millionen Juden in den besetzten Gebieten überlebten nur 100.000. Das belagerte Leningrad erlebte eine nie dagewesene Hungerkatastrophe, der rund eine Million Menschen zum Opfer fielen. In Weißrussland wurden im Zuge der Partisanenbekämpfung Tausende von Dörfern niedergebrannt, oft mitsamt den Einwohnern. Fast drei Millionen Men-

schen aus der UdSSR wurden zur Zwangsarbeit als „Ostarbeiter“ ins Deutsche Reich deportiert – Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft waren nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzepts Mangelware. Nach fast vier Jahren endete der Krieg am 9. Mai 1945 mit der Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel vollzogenen Kapitulation in Karlshorst und enthusiastischen Freudenfesten in Moskau, Leningrad und anderen sowjetischen Städten. Aus ihm ging die sowjetische Bevölkerung mit einem gestärkten Selbstbewusstsein und der Hoffnung auf größere Freiheit hervor. Stalin aber setzte auf umfassende Restaurierung und Machtkonsolidierung. Er ließ unter Kollaborationsverdacht stehender Völker wie die Krimtataren massenhaft deportieren und das Jüdische Antifaschistische Komitee zerschlagen. Er ließ allzu internationalistische Führer ermorden und die Parteiführung des stolzen Leningrad liquidieren. Das dortige Blockademuseum wurde geschlossen. Das Bild prägte Stalins Anspruch, der Sieg sei vor allem sein Sieg gewesen. Vollständig unter Kontrolle zu halten war die Erinnerung aber nicht. In der Tauwetterperiode der 1950er und 60er Jahre unter Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow setzte eine kritische Auseinandersetzung mit Stalins Fehlern ein. Sie fand allerdings unter der Führung von Leonid Breschnew keine Fortsetzung. Breschnew kanonisierte das Kriegsgedenken. Der 9. Mai wurde 1965

zum staatlichen Feiertag erklärt und es entstanden monumentale Gedenkanlagen. Doch gab es in all diesen Jahren eine intensive künstlerische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Krieges, die zwar beeinträchtigt, aber nicht durch kommunistische Zensur verhindert wurde, menschliche Dimensionen der sowjetischen Kriegserfahrung erschloss. In die DDR gelangte – als fruchtbare Unterströmung der staatlich verordneten deutsch-sowjetischen Freundschaft – mehr von diesen Büchern und Filmen als in die Bundesrepublik. Hier dominierte in der Konstellation des Kalten Krieges viele Jahre lang eine Sichtweise, die nahezu bruchlos an den Dritten Reich propagierten „Abwehrkampf gegen den Bolschewismus“ anknüpfte. Dass die erfolgreichsten Kriegsbücher von einstigen Wehrmachtsgenerälen und NS-Propagandisten wie Erich von Manstein und Paul Carell alias Schmidt stammten, ist bezeichnend. Abgesehen von wissenschaftlichen Pionierleistungen wie Christian Streits Buch „Keine Kameraden“ über sowjetischen Kriegsgefangene und Gedenkinitiativen wie „Blumen für Stukenbrok“, dem Ort eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers, gab es vor dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Vereinigung wenig Bewusstsein über Charakter und Bedeutung des deutsch-sowjetischen Krieges. Das änderte sich ab Mitte der 1980er Jahre mit der Perestrojka von Michail Gorbatschow

und der Wiedervereinigung. 1991 wurde in der Berliner Topographie des Terrors eine große Ausstellung gezeigt, die im Anschluss durch Russland tourte. In Karlshorst entstand ein gemeinsames deutsch-russisches Museum. Die entscheidende Abrechnung mit dem lange vorherrschenden Mythos des „Sauberen Wehrmacht“ ging schließlich Mitte der 1990er Jahre von der sogenannten Wehrmachtsausstellung aus. Allerdings blieb das eine Diskussion über deutsche Täter, bei der die Betroffenen kein eigenes Profil gewannen. Etwas stärker nahm man sie erst im Zuge der Zwangsarbeiterentschädigung ab dem Jahr 2000 wahr. Aber es dauerte noch bis 2015, bis der Bundestag entschied, die rund 4.000 heute noch lebenden ehemaligen Kriegsgefangenen mit jeweils 2.500 Euro zu entschädigen. **Überlebender im Bundestag** Am 27. Januar 2014, dem 70. Jahrestag des Endes der Leningrader Blockade, sprach der 95-jährige Kriegsteilnehmer und Schriftsteller Daniil Granin im Bundestag. Er hatte in den 1980er Jahren zusammen mit Ales Adamowitsch das „Blockadebuch“ verfasst, das ebenso beeindruckende wie bedrückende Zeugnisse Überlebender aus Leningrad liefert. Das Buch wurde in der Bundesrepublik nie publiziert, auf Deutsch ist nur eine alte DDR-Ausgabe greifbar – eine von vielen Ambivalenzen der deutschen Erinnerungskultur, wenn es um den 22. Juni 1941 geht. *Jürgen Zarusky* **Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München.**

Etwa die Hälfte aller Toten des Zweiten Weltkriegs sind Opfer dieses Angriffs.

Bis zum Ende des Kalten Krieges gab es wenig Bewusstsein über die Bedeutung des Feldzuges.

»Vor 75 Jahren brach die Hölle los«

BUNDESTAG Abgeordnete erinnern an die Opfer des deutschen Vernichtungsfeldzugs und kommen dabei immer wieder auf die aktuellen Spannungen zwischen Nato und Russland zurück

Die Zuschauer spüren: Hier hat jemand etwas klarzustellen. Die Hölle sei losgebrochen in jenen Morgenstunden des 22. Juni 1941, sagte Frank-Walter Steinmeier (SPD) am vergangenen Mittwoch, an dem die Abgeordneten im Bundestag des Überfalls des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion vor 75 Jahren in einer vereinbarten Debatte gedenkten. Millionen deutsche Soldaten, Hunderttausende Fahrzeuge und Geschütze, Tausende Panzer, Flugzeuge und Geschütze seien auf Befehl Hitlers mit aller Kraft gen Osten geworfen worden. Mehr als 25 Millionen Menschen in der Sowjetunion, Weißrussen, Ukrainer, Russen und andere hätten in diesem Angriffskrieg ihr Leben verloren, sagte der Außenminister. „Das Ausmaß des Leidens ist nicht in Worte zu fassen.“ Seine Warnung davor, mit „Säbelrasseln und Kriegsgeheul“ die gegenwärtigen Spannungen zwischen Russland und der Nato weiter anzuhetzen, hatten Steinmeier vergangene Woche viel Kritik des Koalitionspartners eingebracht. Im Bundestag bestand der Minister nun darauf, dass die Lehre aus der Geschichte von Deutschen und Russen im 20. Jahr-

hundert nicht heißen könne, „sich in einer endlosen Spirale der Eskalation“ zu verlieren. Zu diesen Lehren gehöre die Bereitschaft auf allen Seiten, immer wieder Auswege aus der Konfrontation zu suchen, und zu diesen Lehren gehöre auch: „so viel Verteidigungsbereitschaft wie nötig, so viel Dialog und Zusammenarbeit wie möglich. Beide Säulen müssen stark sein“, sagte Steinmeier. Man dürfe nicht zulassen, dass Vorurteile und Reflexe aus längst vergangenen Zeiten auferstehen. „Auch dazu brauchen wir den Dialog – nicht um Störendes zu überbrücken oder Widersprüche unter den Teppich zu kehren.“ Bereits in seinen einleitenden Worten hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zu Beginn der Debatte den Bogen vom Gedenken an einen „beispiellosen Vernichtungsfeldzug im Osten Europas, der in der menschenverachtenden nationalsozialistischen Rassenideologie wurzelte“ zu den Lehren aus der „furchtbaren historischen Gewalterfahrung vor 1945“ gezogen. Wenn heute an den deutschen Überfall auf die Sowjetunion erinnert werde, „bekräftigen

wir unseren Willen, diesen Lehren einer Generation, für die unser Land mehr Verantwortung trägt als alle anderen, gerecht zu werden.“ Dazu gehöre, nirgends zu dulden, dass die Grundsätze von Frieden und Freiheit in Europa in Frage gestellt werden, sagte Lammert und erinnerte an die auch von Russland geteilten Grundsätze des KSZE-Prozesses – „darunter Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, Unverletzlichkeit der Grenzen und territoriale Integrität der Staaten und friedliche Regelung von Streitfällen“. Gregor Gysi (Die Linke) warnte indes davor, die Erinnerung an deutsche Verbrechen für eine Kritik an der Annexion der Krim durch Russland und die russische Rolle im Ukraine-Konflikt zu instrumentalisieren. Das Erinnerung an das unermessliche Leid des von den Nationalsozialisten als „Unternehmen Barbarossa“ bezeichneten Vernichtungskrieges gegen Juden und „slawische Untermenschen“ eigne sich „nun wahrlich nicht für eine Instrumentalisierung in Abhängigkeit von der Qualität der deutsch-russischen Beziehungen“. Gysi warnte vor dem „Gebahren“ der Nato mit Manövern und Verlegungen von Soldaten nahe der russischen Grenze. „Meinen Sie, es ist die richtige Symbolik, 75 Jahre nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion deutsche Soldaten an die russische Grenze zu entsenden?“

Jürgen Hardt (CDU) erinnerte an die „vielleicht tiefste und dunkelste Stunde der deutschen Geschichte“. Jedes zweite Opfer des Zweiten Weltkrieges sei ein Bürger der Sowjetunion gewesen. „Wir können uns 75 Jahre danach vor den Opfern nur verneigen.“ Es sei „dem Volke der Sowjetunion“ zu verdanken, dass es diesen Angriff zurückgeworfen und damit wesentlich dazu beigetragen habe, Deutschland 1945 von der Nazidiktatur zu befreien. Für die Gegenwart erinnerte Hardt daran, dass gewaltsame Grenzverletzungen kein Mittel der Politik seien. „Leider hat Russland – konkret im Fall Ukraine, Krimbesetzung und Einmischung in der Ostukraine – gegen diesen Grundsatz verstoßen.“ Von einem „Säbelrasseln“ der Nato als Antwort auf diesen Konflikt könne indes keine Rede sein, sondern von einer Rückversicherung der Bündnispartner, betonte Hardt. Die Hand des Verteidigungsbündnisses bleibe ausgetreckt mit dem Angebot, die Zusammenarbeit im Nato-Russland-Rat wieder aufzunehmen. Marieluise Beck (Grüne) erinnerte daran, dass dem „erklärten Vernichtungsfeldzug“

1939 ein deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt vorausgegangen war, dessen geheimes Zusatzprotokoll die Aufteilung Ost- und Mitteleuropas zwischen Berlin und Moskau vorsehe. Dieser Aspekt begründe auch heute noch die Empfindlichkeit osteuropäischer Staaten. Beck erinnerte zudem insbesondere an das Leid der rund fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, denen – als „Untermenschen“ entwürdigt – der Schutzstatus nach der Genfer Konvention versagt worden sei. Mehr als die Hälfte sei unter den KZ-ähnlichen Bedingungen in sogenannten „Russenslagern“ in Gefangenschaft gestorben. „Es ist an der Zeit, dass das schwere Unrecht, das an diesen Kriegsgefangenen begangen wurde, von unserem Parlament als nationalsozialistisches Unrecht anerkannt wird“, sagte Beck. *Alexander Heinrich*



Steinmeier und sein russischer Amtskollege Lawrow (links) 2015 in Wolgograd



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper